

Bereich Hauptverwaltung
Az: 10
Datum: 14.03.2003

2003/086
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	01.04.2003	
Rat der Stadt	03.04.2003	

Betreff

Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses %=
---	---

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel nimmt vom Bericht über die Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung Kenntnis und stimmt den aufgeführten Maßnahmen zu.

K r u s e

E c k h a r d t

Sachverhalt

Inhaltsverzeichnis

1. Haushaltssituation
2. Konsolidierungsarten – Konsolidierungsstruktur
 - 2.1 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit – Effizienz – durch:
 - Leistungsverdichtung
 - Technikeinsatz
 - Interkommunale Zusammenarbeit
 - Strukturveränderungen
 - Outsourcing
 - 2.2 Übernahme von kommunalen Leistungen durch bürgerschaftliches Engagement
 - 2.3 Leistungseinschränkungen
 - Verringerung des Leistungsspektrums (Quantität)
 - Einschränkungen bei der Qualität
 - 2.4 Leistungsverzicht
 - Verzicht auf Wahrnehmung von Aufgaben
 - Verzicht auf kommunale Infrastruktur (Standorte)
 - 2.5 Einnahmeverbesserungen
3. Personelle Rahmenbedingungen
4. Konsolidierungsvorschläge
 - 4.1 Verwaltungsführung/Steuerungsunterstützung
 - 4.2 Interne Dienstleister
 - 4.2 a Personalverwaltung
 - 4.2 b Interne Dienste (Poststelle, Druckerei, Telefonzentrale usw.)
 - 4.2 c Reinigung
 - 4.2 d Informationstechnik
 - 4.2 e Stadtkasse
 - 4.2 f Vermessung

4.2.g Rechtsangelegenheiten

4.3 Öffentlichkeitsarbeit

4.4 Rechnungsprüfung

4.5 Gleichstellungsstelle

4.6 Steuerverwaltung

4.7 Sicherheit und Ordnung

4.8 Standesamt

4.9 Bürgerdienste

4.10 Ausländerangelegenheiten

4.11 Feuerwehr/Rettungsdienst

4.12 Schulen/Schulverwaltung

4.13 Kultur einschließlich Bürgerhaus

4.14 Weiterbildung

4.15 Bücherei

4.16 Soziales

a) Wirtschaftliche Hilfen

b) Soziale Förderung

c) Fachstelle für Wohnungssicherung

4.17 Jugend

4.18 Sport

4.19 Bäder

4.20 Immobilienmanagement

4.21 Stadtentwicklung/Planung

4.22 Bodenordnung

4.23 Baugenehmigung

4.24 Wohnungsbauförderung

4.25 Straßen

4.26 Grünflächen

4.27 Friedhöfe

4.28 Wirtschaftsförderung

4.29 Zentrum Frau in Beruf und Technik

4.30 Ratsangelegenheiten

4.31 Forum

4.32 EUV/Duales System Deutschland

4.33 Kreisumlage/ÖPNV

5 Finanzielles Volumen
 Verteilung auf die Betriebe

6. Zeitliche Perspektiven bei Realisierung der Vorschläge hinsichtlich eines
 genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes

Anlagen:

- Entwicklung Zahl der Mitarbeiter
- Stellungnahme des Personalrates

Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung

1. Haushaltssituation

Nach dem derzeitigen Stand der überarbeiteten Finanzplanung wird voraussichtlich ein erster originärer Überschuss im Jahre 2008 und ein Haushaltsausgleich bei Abbau aller Fehlbeträge im Jahr 2014 erreicht. Bei dieser Perspektive ist das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig.

Es ist daher erforderlich über weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu entscheiden um die kommunale Handlungsfähigkeit im Rahmen eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes wieder herzustellen.

2. Konsolidierungsarten - Konsolidierungsstruktur

In den folgenden Punkten sind die Konsolidierungsmöglichkeiten für den kommunalen Haushalt aufgeführt, die auf örtlicher Ebene entschieden werden können.

Die Verwaltung sieht in der aufgeführten Reihenfolge zugleich eine Rangfolge. Die Zuordnung von Konsolidierungsvorschlägen zu dieser Konsolidierungsstruktur wird unter Ziffer 4 bei den verschiedenen Aufgabenbereichen vorgenommen.

2.1 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit – Effizienz –

Eine effiziente Aufgabenwahrnehmung ist selbstverständliches Ziel sämtlichen Verwaltungshandelns.

Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit können durch verschiedene Maßnahmen erfolgen:

- Leistungsverdichtung
- Technikeinsatz
- Interkommunale Zusammenarbeit
- Strukturveränderungen
- Outsourcing

Anlass für Maßnahmen der Effizienzsteigerung sind unter anderem:

- Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen
- Interkommunale Vergleiche
- neue Möglichkeiten der Informationstechnik
- Änderungen in der Aufbauorganisation
- Personalveränderungen

2.2 Übernahme von kommunalen Leistungen durch bürgerschaftliches Engagement

Bevor kommunale Leistungsangebote eingestellt oder reduziert werden, sollte die Möglichkeit bürgerschaftlichen Engagements in diesen Aufgabenfeldern genutzt werden.

Positive Beispiele aus der Vergangenheit:

- Nutzung des Parkbades Süd als kulturelle Begegnungsstätte
- Agora
- Nutzung der früheren Marienschule als Bürgerhaus

2.3 Leistungseinschränkungen

- **Verringerung des Leistungsspektrums (Quantität)**
- **Einschränkung bei der Qualität**

Viele Aufgaben – auch Pflichtaufgaben – werden mit einem Leistungsstandard erbracht, der gesetzlich nicht vorgeschrieben ist. Dieser Standard hat sich durch Anforderungen der Bürger, Ziele des Rates und der Verwaltungsführung, personelle Möglichkeiten im Rahmen des Stellenplanes sowie individuelles Leistungsvermögen der eingesetzten Mitarbeiter entwickelt.

Im Rahmen von Haushaltskonsolidierung ist es erforderlich, Einschränkungen am bisherigen Standard vorzunehmen. Diese Einschränkungen können sich auf die Verringerung des Leistungsspektrums (z. B. Prüfumfang, Öffnungszeiten) wie auch auf qualitative Standards (Beratungsintensität, Wartezeiten) beziehen.

2.4 Leistungsverzicht

- **Verzicht auf Wahrnehmung von Aufgaben**
- **Verzicht auf kommunale Infrastruktur (Standorte)**

Bei Leistungsverzicht werden Aufgaben gänzlich aufgegeben und weder zu veränderten Standards noch in veränderten Strukturen angeboten.

Neben dem Aufgabenverzicht sind unter diesem Punkt auch Maßnahmen zur Reduzierung der kommunalen Infrastruktur aufgeführt. Damit ist ein Verzicht auf Standorte kommunaler Einrichtungen gemeint, z. B.:

- Schulen
- Kindergärten
- Jugendzentren
- Sportplätze
- Sporthallen
- Bäder
- Grünanlagen
- Friedhöfe

2.5 Einnahmeverbesserungen

Um die strukturellen Defizite der kommunalen Haushalte auszugleichen, ist die angestrebte Gemeindefinanzreform dringend notwendig. Unabhängig von diesen Finanzierungsquellen (Schlüsselzuweisung, Investitionspauschale, Anteil an der Ein-

kommenssteuer, Regelung zur Gewerbesteuerumlage usw.) bestehen örtlich Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung:

- Erhöhung von Steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer)
- Erhöhung von Verwaltungsgebühren
- Erhöhung von Nutzungsgebühren
- Erstmalige Erhebung von Nutzungsgebühren
- Sponsoring
- „Verkauf“ bisher kostenloser Dienstleistungen/Produkte

3. Personelle Rahmenbedingungen

Personalkosten sind neben der Kreisumlage und den laufenden Betriebskosten der größte Kostenfaktor im kommunalen Dienstleistungsangebot. Durchgreifende Konsolidierungsmaßnahmen werden insbesondere die Personalkosten betreffen. Aufgrund der abgeschlossenen Dienstvereinbarung kommen derzeit betriebsbedingte Kündigungen bei der Stadtverwaltung Castrop-Rauxel nicht in Betracht.

Die Konsolidierungsmöglichkeiten im Personalbereich werden daher durch das Fluktuationspotential bestimmt.

Fluktuationspotential

Bis zum Jahr 2014 werden gegenüber dem Personalstand am 31.12.2002 ca. 200 Mitarbeiter/innen altersbedingt ihren Dienst bei der Stadtverwaltung beenden. Eine Aufteilung auf die verschiedenen Jahrgänge und Beschäftigtengruppen wurde in der Ratssitzung am 13.02.2003 allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Bei der Kalkulation wurde ein Zeitpunkt ohne Einschränkung bei der Altersversorgung zu Grunde gelegt. Diese Pensionierung wird tatsächlich in vielen Fällen zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen (Altersteilzeit, vorgezogenes Altersruhegeld, Erwerbsunfähigkeitsrente usw.). Eine Verlagerung auf frühere Zeitpunkte bedeutet zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten.

Daneben sind jährlich ca. 5 bis 6 unvorhergesehene Personalabgänge zu verzeichnen (Entlassung, Kündigung, Mutterschutz, Elternzeit usw.). Die Zahl dieser Anlässe könnte sich bei schlechter werdenden persönlichen Perspektiven der Mitarbeiter noch erhöhen und stellt ebenfalls zusätzliches Konsolidierungspotential dar, das bisher nicht in die Berechnung eingeflossen ist.

Vergleich Fluktuationspotential – Sparmaßnahmen

Die Verwaltung hat bei der Erarbeitung von Sparvorschlägen die unterschiedlichen Berufsgruppen berücksichtigt. Der Umfang von Sparvorschlägen bei den verschiedenen Aufgabengruppen orientiert somit auch an dem Fluktuationspotential der jeweiligen Beschäftigtengruppe.

Ergebnis:

Bei Umsetzung sämtlicher Sparvorschläge wird das Fluktuationspotential bis 2014 zu ca. 75 % = 150 Stellen genutzt. Bei einigen Maßnahmen sind noch Wirtschaftlichkeitsprüfungen erforderlich (z. B. Straßenunterhaltung), gesetzliche Entwicklungen abzuwarten (z. B. Zuwanderungsgesetz, Sozialhilfe) bzw. konkrete Vor-

schläge zu entwickeln (z. B. Sozialarbeiter), so dass in den nächsten Jahren weitere Einsparungen erwartet werden können.

Personalwirtschaftliche Maßnahmen

Die Entscheidung über ein langfristiges Haushaltssicherungskonzept setzt die Verwaltung in die Lage, personalwirtschaftliche Maßnahmen und Maßnahmen der Personalentwicklung zielorientiert vorzubereiten. Dazu gehören folgende Felder der Personalentwicklung:

- Ausbildungsbedarf
- Fortbildungsbedarf
- Umschulungsbedarf
- Möglichkeiten der Frühpensionierung und Altersteilzeit

Personalcontrolling

Die Verwaltung wird künftig regelmäßig (halbjährlich) den Haupt- und Finanzausschuss über die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten bei der Stadtverwaltung Castrop-Rauxel informieren. Ein erster Bericht ist als Anlage beigefügt.

4. Konsolidierungsvorschläge

Auf den folgenden Seiten sind für alle Aufgabenbereiche der Stadtverwaltung Konsolidierungsvorschläge aufgeführt. Die Abgrenzung der Aufgabenbereiche erfolgte nicht nach Organisationseinheiten oder Betrieben, sondern differenziert nach unterschiedlichen Aufgabenstellungen.

Neben einer Zuordnung der Organisationseinheiten (Bereiche) zu den verschiedenen Aufgaben wird auch eine Definition des Rechtscharakters (freiwillige Aufgabe oder Pflichtaufgabe) vorgenommen.

Unter der Rubrik „Hinweise“ erfolgt eine generelle Einschätzung zu Konsolidierungsmöglichkeiten in dem jeweiligen Aufgabenfeld mit Einschätzung von Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen zu den Aufgabenbereichen können dem Haushaltsplan, dem Stellenbewertungsplan sowie der Broschüre „Fachliche Ziele und Kennzahlen“ entnommen werden. Diese Unterlagen liegen den Ratsmitgliedern vor.

Bei den Konsolidierungsvorschlägen (Maßnahmen) wurde eine Klassifizierung nach den verschiedenen Konsolidierungsarten vorgenommen und die finanziellen Auswirkungen und fachlichen Auswirkungen aufgeführt.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen kann zum Teil das Volumen nur in Bandbreiten angegeben werden (z. B. Veräußerungserlöse). Weiterhin lässt sich der Termin zur Realisierung der Maßnahme nicht immer exakt bestimmen.

Im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes werden Beträge und Zeitpunkte aktualisiert.

Bei den Maßnahmen sind auch Vorschläge aus dem bisherigen Haushaltssicherungskonzept aufgeführt, die bisher nicht oder nicht vollständig realisiert worden sind. Diese Maßnahmen sind mit dem Hinweis „HSK alt“ gekennzeichnet. Mit den finanziellen Auswirkungen wird der Unterschied gegenüber den tatsächlichen Ausgaben 2002 aufgezeigt.

Soweit Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit bestehen oder bisher nicht ausgeräumt werden konnten, ist dies unter „fachliche Auswirkung“ vermerkt. Unter fachlicher Auswirkung ist auch aufgeführt:

- welche Leistungseinschränkungen zu erwarten sind
- welche Einnahmen eventuell nicht mehr erzielt werden können
- welche Investitionen ggfs. erforderlich werden
- welche Sachkosten entstehen (z. B. Outsourcing – Privatisierung)

Die Verwaltung wird auch in Zukunft weitere Maßnahmen zur Effizienzsteigerung prüfen und im Sinne der Haushaltskonsolidierung umsetzen. Der Rat wird darüber im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sowie im Rahmen der jährlichen Stellenplanberatungen informiert.

5. **Finanzielles Volumen** **Verteilung auf die Betriebe**

Soweit das finanzielle Volumen der einzelnen Maßnahmen bezifferbar war, ergibt sich folgende Übersicht.

Dabei sind einmalige finanzielle Effekte, z.B. aus Veräußerungserlösen nicht enthalten.

- Jährliche Einsparungen bei Realisierung der Konsolidierungsvorschläge -

Betrieb	Stellen		Personalkosten		Sachkosten		Summe	
	Zahl Vollzeit	%	€	%	€	%	€	%
Unternehmenszentrale	6,5	5,3	229.400	5,5	96.000	6,9	325.400	5,8
Betrieb 1	36,5	29,9	1.416.600	33,9	293.400	21,1	1.710.000	30,7
Betrieb 2	48	39,3	1.168.400	27,9	518.500	37,4	1.686.900	30,3
Betrieb 3	31,1	25,5	1.368.000	32,7	50.000	3,6	1.418.000	25,4
Sonstiges 4.30 ff	-	-	-	-	430.200	31,0	430.200	7,8
Summe	122,1 + ca. 30 Teilzeit ≈ 150 Stel-	100	4.182.400	100	1.388.100	100	5.570.500	100

	len							
--	-----	--	--	--	--	--	--	--

6. Zeitliche Perspektiven bei Realisierung der Vorschläge hinsichtlich eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes

Nach Entscheidung des Rates über die aufgeführten Konsolidierungsvorschläge wird die Kämmerei die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vornehmen und feststellen, zu welchem Zeitpunkt ein Haushaltsausgleich erreicht werden kann.

4.1 Verwaltungsführung – Konsolidierungsvorschläge –

Produkte: - Verwaltungsführung - Betriebsleitung - Controlling - Steuerungsunterstützung	Bereich: - BM - Controller - Erste BG - 10/Organisation - BG - 20/Finanzen teilweise - TBG							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Konsolidierungsmöglichkeiten bestehen vorrangig durch Standardsenkungen im Personalbereich. Die Grenze wird erreicht, wenn die Steuerungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist. Orientierung hinsichtlich der Konsolidierungsmöglichkeiten erfolgt durch eigene Einschätzung und im Rahmen des interkommunalen Vergleichs.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.1.1	Reduzierung um eine Sekretärinnenstelle im Betrieb 3	x					33 600,00 €	Vertretungsregelung treffen
4.1.2	Verzicht auf Wiederbesetzung der Stelle 10/2	x		x			50 400,00 €	Reduzierung der Organisationsarbeit z.B. - Wirtschaftlichkeitsprüfungen - Weiterentwicklung neues Steuerrungsmodell
4.1.3	Reduzierung um eine Stelle A 11 im B 20 nach Einführung NKF (2007?) und Abschluss der Projektarbeit				x		40 600,00 €	-
4.1.4	Reduzierung um 0,5 Sekretariatsstelle im Bereich 10 (z.Z. nicht besetzt)	x					-	-

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister

a) Personalverwaltung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Personalwirtschaft - Personalabrechnung				Bereich: - Bereich 10 – Hauptverwaltung -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe				☐ freiwillige Aufgabe				
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.2.a)1	Zukünftige Besetzung der Stelle „Arbeitsschutz“ mit Teilzeitkraft	x					17 000,00 €	Nach Anlaufphase zwei bis drei Jahre, Personalverringerung entsprechend dem Stellenplan vertretbar
4.2.a)2	Reduzierung der Zahl der Ausbildungsplätze auf 12, ursprünglich 36 Lt. HSK alt 24 neu: 12 Stand: 31.12.02: 30			x			18 x 7 000 € (Ausbildungskosten) = 126 000,00 € 6 Azubi Weiterbeschäftigung (6 Monate) x 15 000 € = 90 000,00 € 216 000,00 €	Keine, da aufgrund der Haushaltskonsolidierung kein Bedarf bei der Stadtverwaltung

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister

b) Interne Dienste (Poststelle, Druckerei, Telefonzentrale)

– Konsolidierungsvorschläge –

Produkte: - Post- und Telefondienste - Druckerzeugnisse - Beschaffungen - Beihilfen- und Pflegegeld - Verwaltung und Bewirtschaftung des Rathauses				Bereich: - Bereich 16 – Interne Dienste -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.2b)1	Wegfall der Stelle des Bereichsleiters (HSK alt)	x					64 200,00 €	Zuordnung der Produkte auf andere Bereiche (z. B. Immobilienmanagement, Hauptverwaltung)
4.2b)2	Einsparung einer halben Stelle in der Postabwicklung	x		x			25 200,00 €	Interne Postverteilung durch jeweiligen Bereich Post verschlossen abliefern
4.2b)3	Einführung eines echten Schichtbetriebes bei den Hausmeistern des Rathauses	x		x			10 000,00 €	Geringere Präsenz Neues Dienstplanmodell
4.2b)4	Einsparung einer Stelle im Grafischen Betrieb (Druckerei) (HSK alt)	x		x			51 700,00 ,€	Evtl. externe Aufträge
4.2.b)5	Wiederbesetzung der Stelle des Grafikers mit einer Grafikdesignerin	x					10 000,00 €	Veränderte Eingruppierung bei Wiederbesetzung
4.2.b)6	Einsparung einer weiteren Stellen im Grafischen Betrieb bei Verzicht auf Repro- und Siebdruckarbeiten				x		35 300,00 €	Überaltete Maschinen (Reprokamera, Siebdruckanlage) werden nicht ersetzt. Auftragsvergaben erforderlich

1 = Effizienzsteigerung

2 = bürgerschaftliches Engagement

3 = Leistungseinschränkungen

4 = Leistungsverzicht

5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister

c) Reinigung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Reinigung städtischer Gebäude		Bereich: - Bereich 16 – Interne Dienste -						
Rechtscharakter:		☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe						
Hinweise: Durch Senkung von Reinigungsstandards (Intervallreinigung), verbesserte technische Ausstattung und Anhebung von Leistungswerten wurden in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Einsparungen erzielt (8 925 100 € bis 2011). Die aktuelle Dienstvereinbarung läuft bis –Ende 2004. Z.Z. wird durch Ausschreibung ermittelt, welche Einsparungen bei einer Privatisierung zu erwarten sind (ca. 30 %). Die künftige Fluktuation bei Reinigungskräften wird für weitere Standardsenkungen bzw. Leistungswert erhöhungen (100 % Einsparung) oder Privatisierung (30 % Einsparungseffekt) genutzt.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.2.c)1	Nutzung des Fluktuationspotentials bis 2014 zur Privatisierung der Reinigungsleistung 48 Mitarbeiterinnen	x					$48 \times 16 \times 30\%$ $=$ ca. 235 200 €	Ergebnisse der probeweisen Privatisierung in 2004 abwarten
4.2.c)2	Verbesserung gegenüber altem HSK hinsichtlich bereits festgelegter Einsparungen in der Gebäudereinigung						2003 = 145 000 € 2004 = 95 000 € 2005 = 45 000 €	Frühzeitigere Umsetzung der neuen Reinigungsstandards aufgrund erhöhter Fluktuation

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister

d) Informationstechnik – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Betrieb/Betreuung der zentralen IT-Infrastruktur - Betreuung der IT-Ausstattung an den Arbeitsplätzen - Betrieb/Betreuung der Telekommunikations-einrichtungen - Betreuung der IT-Ausstattung in den Schulen - Federführung/Entwicklung E-Government, virtuelles Rathaus, Internet	Bereich: - Bereich 18 – Informationstechnik -												
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe (z. B. Internet)													
Hinweise: Der Einsatz der Informationstechnik in der Verwaltung und damit ihre Bedeutung für die unmittelbare Leistungserbringung, hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße zugenommen. Auch zukünftig wird der weitere Ausbau des IT-Einsatzes unabdingbar sein. Die Notwendigkeit hierzu besteht, um die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten, um die erforderliche Weiterentwicklung in Richtung E-Government und virtuelles Rathaus voranzubringen und um Grundlagen und Voraussetzungen für die Nutzung von Sparpotenzialen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, über die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im IT-Bereich im Rahmen des Stellenplanes 2003 zu entscheiden. Die personellen Kapazitäten, insbesondere für E-Government-/Internet-Vorhaben, konnten bislang aufgrund eines in Kürze auslaufenden Zeitvertrages durch interne Aufgabenverteilung geschaffen werden. Sofern die zusätzliche Stelle nicht eingerichtet werden kann, muss eine Umverteilung der Aufgaben erfolgen. Eine Konzentration auf die Laufendhaltung des IT-Betriebes ist zwangsläufig. Für Entwicklungs- und Projektarbeit wird kaum mehr Raum bleiben.													
Nr.	Maßnahme	Art	finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung									
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr> <th>1</th> <th>2</th> <th>3</th> <th>4</th> <th>5</th> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </table>	1	2	3	4	5						
1	2	3	4	5									

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister

e) Stadtkasse – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Kassenverwaltung - Amtshilfeersuchen				Bereich: - Bereich 20 – Finanzen -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe				☐ freiwillige Aufgabe				
Hinweise: Auswirkungen des verringerten Buchungsvolumens aufgrund der Eigenständigkeit des EUV werden noch geprüft.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.2.e)1	Reduzierung um eine Stelle mD nach Einführung MPS (HSK alt)	x					37 100,00 €	Rationalisierungsvorteil durch neue Software

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister – Konsolidierungsvorschläge - f) Vermessung

Produkte: - Liegenschaftsvermessung - Ingenieurvermessung - Stadtgrundkarte - Auskünfte (Service) - Stadtkataster - Kartografie	Bereich: - Bereich 62 – Vermessung -
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe (zum Teil Kartografie, Stadtgrundkarte)	
Hinweise: Nach einer Auswertung der Kostenrechnung für das Jahr 1999 ist die Durchführung von Vermessungsarbeiten mit eigenem Personal wirtschaftlich. Die Stundenverrechnungssätze lagen unter denen der Gebührenordnungen bzw. HOAl. Die Ergebnisse des Jahres 2002 werden noch ermittelt. Z.Z. wird geprüft, ob eine Aufgabenverlagerung des Vermessungswesens auf den Kreis Recklinghausen möglich ist.	

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.2 Interne Dienstleister – Konsolidierungsvorschläge - g) Rechtsangelegenheiten

Produkte: - Rechtsberatung - Prozessführung			Bereich: - Bereich 30 – Rechtsangelegenheiten -					
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Der Bereich Rechtsberatung besteht aus einer Juristin und einer Teilzeitkraft. Durch Bereich 30 wurde Anfang des Jahres die Aufgabe „Versicherungsangelegenheiten“ nach Wegfall der Stelle 32/2 übernommen. Für weitere Konsolidierungsmaßnahmen besteht kein Handlungsspielraum.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.3 Öffentlichkeitsarbeit – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Internationale Begegnungen - Amtsblatt - Verbraucherschutz - Schiedsstellen				Bereich: - Bereich 13 – Rats- und Öffentlichkeitsarbeit				
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe				☒ freiwillige Aufgabe				
Hinweise: Öffentlichkeitsarbeit umfasst im wesentlichen folgende Aufgabengebiete: - Pressedienst - Städt. Publikationen - Internetpräsentation - Ausschnittdienst Dem Bereich 13 wurde das Aufgabengebiet „Wahlen“ neu zugeordnet. Bei der konkreten Vorbereitung von Wahlen wird dies zu Einschränkungen in der Öffentlichkeitsarbeit führen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.3.1	Verzicht auf Städtepartnerschaften und Reduzierung der Öffentlichkeitsarbeit (1 Stelle) (HSK alt 0,5 Stelle)			x	x		51 900,00 €	Keine kommunale Unterstützung bei Städtepartnerschaften (s. Delft) nur Repräsentationstermine des Bürgermeisters Veränderung der Geschäftsverteilung und Reduzierung der Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit
4.3.2	Kündigung des Vertrages mit der Verbraucherberatungsstelle				x		61 000,00 €	Kündigung frühestens 2007 möglich Evtl. Rückzug der Verbraucherberatung vom Standort Castrop-Rauxel

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.4 Rechnungsprüfung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - gesetzlich vorgegebene Prüfungen - durch den Rat vorgegebene laufende Prüfungen - Einzel- und Sonderprüfungen			Bereich: - Bereich 14 – Rechnungsprüfung -					
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Z.Z. wird geprüft, ob bei den Städten des Kreises die Bereitschaft besteht, Aufgaben der Rechnungsprüfung auf Kreisebene wahrzunehmen oder bilaterale Vereinbarungen abzuschließen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.4.1	Senkung des Prüfstandards um 1,5 Stellen (0,5 Stelle bereits im alten Haushaltssicherungskonzept enthalten 19 000 €)			x			60 400,00 €	Senkung des Prüfstandards (Volumen und Intensität)
4.4.2	Verzicht auf die Stelle des zweiten technischen Prüfers (diese Stelle ist z.Z. nicht besetzt)			x			-	In Vertretungssituationen (Krankheit, Urlaub) nur begrenzte technische Prüfung möglich

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.5 Gleichstellungsstelle – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Abbau bestehender Benachteiligungen für Frauen in Castrop-Rauxel - Förderung der Chancengleichheit weiblicher Beschäftigter der Stadt Castrop-Rauxel - Förderung des Ehrenamtes				Bereich: - Bereich 15 – Gleichstellungsstelle -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Durch Beschluss des Rates im Rahmen des bisherigen Haushaltssicherungskonzeptes wurde die Mitarbeiterkapazität von einer Stelle um 0,5 reduziert. Die Gleichstellungsstelle besteht somit aus der Gleichstellungsbeauftragten und einer Teilzeitkraft für Mitarbeiterfunktionen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.5.1	Reduzierung der Mitarbeiterkapazitäten um eine Teilzeitstelle (altes HSK)			x			15 400,00 €	Beeinträchtigung bei der Aufgabenwahrnehmung Regelmäßige Wahrnehmungen von Vertretungsfunktionen bei Urlaub und Krankheit nicht gewährleistet
4.5.2	Einnahmen aus Veranstaltungen					x	1 000,00 €	Erhebung von Eintrittsgeldern bei Veranstaltungen (z. B. Frauenkultur-tage)

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.6 Steuerverwaltung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Gewerbesteuer - Grundsteuer - Vergnügungssteuer für Geräte - Vergnügungssteuer für Veranstaltungen - Hundesteuer		Bereich: - Bereich 20 – Finanzen -						
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe		☒ freiwillige Aufgabe (Zweitwohnungssteuer, Hundesteuer)						
Hinweise: Die Verwaltung schlägt keine Steuererhöhung bei der Grund- oder Gewerbesteuer vor. Eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer wäre auch aus rechtlichen Gründen nicht möglich, da keine rechtskräftige Haushaltssatzung zu erwarten ist.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.6.1	Reduzierung des Personaleinsatzes bei der Zweitwohnungssteuer von einer auf 0,5 Stelle	x					24 000,00 €	Erhöhter Personaleinsatz war nur vorübergehend bei Einführung der Zweitwohnungssteuer erforderlich
4.6.2	Einnahmen aus Zweitwohnungssteuer jährlich ca. 50 000,00 € (2002 16 000,00 €) (HSK alt)					x	34 000,00 €	

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.7 Sicherheit und Ordnung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Ordnungswesen - Gewerbeangelegenheiten - Verkehrswesen						Bereich: - Bereich 32 – Ordnungswesen)		
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe						☒ freiwillige Aufgabe (Stadtwacht)		
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.7.1	Verzicht auf die Stadtwacht Reduzierung des Außen- dienstes um 6 Stellen			x			6 x 33 600 € 201 600,00 €	Vergrößerung der Bezirke des Außendienstes Verringerung des subjek- tiven Sicherheitsgefühls bei geringerer Präsenz Verzicht auf geplante Einnahmen (ca. 20 % = 40 000,00 €)
4.7.2	Erhöhung der Refinanzie- rungsquote im fließenden und ruhenden Verkehr	x				x	?	Optimierung des Perso- naleinsatzes (Zeitpunkt der Überwachung, Um- fang und Verhältnis In- nendienst/Außendienst, technische Geräte
4.7.3	Einsparung der Stelle 32/2 (bereits im alten HSK ent- halten)	x		x			45 900,00 € ./. 3 200,00 €(32/3) ./. 9 200,00 <u>€(B30)</u> 33 500,00 €	Änderung der Geschäfts- verteilung, Anhebung der Stelle 32/3

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.8 Standesamt – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Geburtsbeurkundungen - Aufgebotsverfahren bis Eheschließung - Fortführung von Personenstandsbüchern - Sterbefallbeurkundungen - sonstige Beurkundungen		Bereich: - Bereich 32 – Ordnungswesen -						
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.8.1	EDV-Einsatz im Standesamt Reduzierung der Sekretariatsfunktionen bei höherer Zahl der Standesbeamten alt: 3 Standesbeamte <u>3 Sekretärinnen</u> 6 neu: 4 Standesbeamte <u>0,5 Sekretärinnen</u> 4,5	x					2,5 x 33 600 € = 84 000,00 € ./ 1 x A 10 = 34 000,00 € <u>./ 9 000,00 € lfd.</u> 41 000,00 €	Investition in die Informationstechnik Volumen ca 26 000 € Verbesserung des Angebotes und Reduzierung der Vertretungsprobleme

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.9 Bürgerdienste/Bürgerbüro – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - An- und Abmeldungen - Ausweisdokumente - weitere Serviceleistungen				Bereich: - Bereich 33 – Einwohnerwesen -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe (z.B. Kfz-Umschreibungen)								
Hinweise: Die Verwaltung plant Zug um Zug die Aufgaben des Bürgerbüros zu erweitern, um dem Bürger unserer Stadt eine zentrale Anlaufstelle mit umfangreichen Publikumszeiten für eine Vielzahl von Angeboten zu bieten.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.9.1	Einsparung von einer Stelle künftig Besetzung mit 8 Stellen	x		x			36 800,00 €	Die bisherige Personalbemessung berücksichtigt die zusätzlichen Aufgaben und den Wegfall der Bürgerbüros in Castrop und Ickern. Die Reduzierung um eine Stelle kann künftig zu längeren Wartezeiten für die Bürger führen, insbesondere während der Urlaubszeiten

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.10 Ausländerangelegenheiten – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Visaverfahren - Aufenthaltsgenehmigungen - Aufenthaltsbeendigungen - Einbürgerungsanträge	Bereich: - Bereich 33 – Einwohnerwesen -							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Freie Kapazitäten im Rahmen des interkommunalen Vergleiches sollen für zusätzlichen Personalbedarf aufgrund des geplanten Zuwanderungsgesetzes genutzt werden. Danach erfolgt eine neue Personalbe-messung.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.10.1	Reduzierung des Perso-naleinsatzes aufgrund in-terkommunalen Vergleichs um 0,5 Stelle gD Einbürge-rung	x		x			20 000,00 €	Verringerter Bürgerservi-ce und längere Wartezei-ten bei Entscheidungen und Genehmigungen.

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.11 Feuerwehr/Rettungsdienst – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Vorbeugender Brandschutz - Abwehrender Brandschutz - Technische Hilfeleistungen - Notfallrettung - Krankentransport/medizinischer Transport				Bereich: - Bereich 37 – Feuerwehr -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Der Standard im Rettungsdienst ist durch den Bedarfsplan des Kreises festgelegt (3 RTW, 1 NEF). Der Standard im Brandschutz ist aufgrund der empfohlenen Schutzzieldefinition durch Ratsbeschluss festgelegt (Erreichbarkeit der Einsatzstellen in 80 % der Fälle in 8 Minuten, Ausrückstärke 9). Eine Standarddiskussion im Brandschutz sollte erst dann erfolgen, wenn der Bedarf mit vorhandenem Personal nicht gedeckt werden kann. Geplant ist die Umschulung jüngerer Mitarbeiter der Stadtverwaltung.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.11.1	Reduzierung des Personalbedarfs der Feuerwehr um 9 Stelle aufgrund der Übertragung der Leitstellenfunktion auf den Kreis Recklinghausen (z.Z. sind noch 6 Mitarbeiter im Überhang) (HSK alt)				x		9 Stellen 290 000,00 € davon 2002 bereits ca. 30 000,00 €	Aufgaben der Leitstelle werden zentral vom Kreis Recklinghausen wahrgenommen
4.11.2	Übertragung des Rettungsdienstes auf den Kreis Recklinghausen (HSK alt)	x					?	Ob und welche finanziellen Auswirkungen eintreten, können erst im Rahmen der Verhandlungen ermittelt werden

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.12 Schulen – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Schulen in Castrop-Rauxel - Schülerbeförderung - Zentrale Steuerung der Schulen - Serviceleistungen für die Schulen				Bereich: - Bereich 40 – Schulverwaltung -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.12.1	Reduzierung der Zahl der Verwaltungsmitarbeiter aufgrund interkommunalem Vergleich um 2,5 Stellen (1xgD, 1xmD, 0,5 Sekretariat)	x		x			88 700,00 €	Reduzierung des Leistungsangebotes des Bereichs Schulverwaltung
4.12.2	Verzicht auf Hallenwartin Barbarahalle	x		x			20 800,00 €	Übernahme der Hauswartfunktion durch den Hausmeister Janucz-Korczak-Schule
4.12.2a)	Alternativ: Verzicht auf Barbarahalle				x		58 000,00 € + Veräußerungserlöse aus Grundstücksverkauf	Schließung der Barbarahalle nach Neubau der beiden Sporthallen für die Realschulen
4.12.3	Reduzierung der Personalkosten für Schulhausmeister durch (Einzelheiten s. Vorlage für den Schulausschuss Nr.2003/068) - Veränderte Vertretungsregelung - Wegfall der abendlichen Kontrollgänge - Reduzierung der Überstunden - Einsatz von Teilzeithausmeistern in kleinen Schulen			x			5 000,00 € 40 000,00 € ? 20 000,00 €	Reduzierung der Serviceleistungen Abstimmung bei der Urlaubsplanung zwei Schulen

4.12.4	Reduzierung der Sekretariatskapazitäten aufgrund sinkender Schülerzahlen sowie veränderter Personalbemessung (Dortmunder Modell)			x			?	Reduzierte Unterstützung für die Schulleiter
4.12.5	Verzicht auf Standort GS Marienburger Straße Einzelheiten: siehe 4.17.9				x			Neuregelung der Schuleinzugsbereiche
4.12.6	Erhebung von Nutzungsgebühren für Schulen (HSK alt)					x	17 900,00 €	siehe Hinweise bei Benutzungsgebühren für Sportstätten
4.12.7	Erhebung von Nutzungsgebühren für Sporthallen (HSK alt)					x	10 200,00 €	siehe Hinweise bei Benutzungsgebühren für Sportstätten
4.12.8	Einsparung Müllabfuhrgebühren (HSK alt)	x					51 100,00 €	Müllsortierung in den Schulen durch die Schüler

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.13 Kultur einschl. Bürgerhaus – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Kulturprogramme/Veranstaltungen - Ausstellungen - Bereitstellung des Bürgerhauses für private Zwecke - Denkmalpflege/Denkmalschutz - Archiv		Bereich: - Bereich 41 – Kultur, Weiterbildung, Qualifizierung -						
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Im Rahmen der Neuorganisation der Bereiche 41 und 42 wurden im vergangenen Jahr 1,5 Stellen abgebaut.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.13.1	Übertragung des Bürgerhauses an einen Verein (HSK alt)		x				Einsparung der Personalkosten in Höhe von 35 000 €	
4.13.2	Verkauf des Bürgerhauses Alternativ zu 4.13.1				x		Personalkosten 35 000 € Betriebskosten = 4 500,00 € Einmalige Einnahme ca. 100 000,00 €	Bürgerhaus steht nicht mehr für kommunale Zwecke zur Verfügung. Ausstellungen können weiterhin in der Galerie durchgeführt werden
4.13.3	Zuordnung der kulturellen Aktivitäten zur Forum GmbH (Voraussetzung: Forum bleibt bestehen)	x					38 000,00 €	Abbau einer Stelle durch Synergieeffekte
4.13.4	Archiv Verzicht auf 1 Mitarbeiterstelle (altes HSK)			x			36 200,00 €	Wartezeiten bei der Ausgabe/Information aus dem Archiv. Keine aktive Unterstützung bei Recherchen Dritter

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.14 Weiterbildung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Weiterbildung, Qualifizierung - Volkshochschule - Berufsbildungszentrum			Bereich: - Bereich 41 – Kultur, Weiterbildung, Qualifizierung -					
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe VHS			☒ freiwillige Aufgabe BBZ					
Hinweise: Bei veränderten Finanzierungsbedingungen wird der Umfang bisheriger Leistungen der VHS zu überprüfen sein.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.14.1	Reduzierung der Zahl der Praxisanleiter im BBZ aufgrund geringerer Zuschüsse			x			5 600,00 €	Reduzierung des Angebotes im BBZ wegen mangelnder Refinanzierung
4.14.2	Zusätzliche Aufträge für das BBZ					x	10 000,00 €	ab 2004 nur noch 5 000,00 €
4.14.3	Einsparung Energiekosten BBZ	x					10 000,00 €	2003 ca. 5 000,00 €
4.14.4	Zusätzliche Sprachkurse					x	5 000,00 €	ab 2004 aufgrund des geplanten Zuwanderungsgesetzes

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.15 Bücherei – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Medienvermittlung - Internet				Bereich: - Bereich 41 – Kultur, Weiterbildung, Qualifizierung -				
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Das Organisationskonzept der Bücherei wurde durch Beschluss des Rates vom 18.06.1996 festgelegt. Zwischenzeitlich wurde der Zuschussbedarf weiter reduziert durch Verzicht auf dezentrale Ausleihe. Weitere Einschränkungen werden nicht vorgeschlagen. Alternativ könnte insgesamt auf das Büchereiangebot verzichtet werden.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.15.1	Weitere Reduzierung um 1,5 Stellen gegenüber Personalstand 2001/02 entsprechend dem Büchereikonzept (HSK alt)				x		33 600,00 €	Verzicht auf dezentrale Medienausleihe Einsparung von zwei bisher besetzten Teilzeitstellen. Die Stellen sind seit 2003 nicht mehr besetzt.

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.16 Soziales – Konsolidierungsvorschläge - a) wirtschaftliche Hilfen

Produkte: - Soziale Hilfen für Menschen in existenziellen Notlagen (Sozialhilfe) - Hilfen zur Arbeit		Bereich: - Bereich 57 – Wirtschaftliche Hilfen -						
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Ab 1. Januar 2004 sollen alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger Leistungen des Arbeitsamtes erhalten (Arbeitslosengeld II). Die genaue Auswirkung auf die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist eben so wenig bekannt, wie die Entwicklung der Aufgaben, insbesondere der persönlichen Hilfen für den nicht erwerbsfähigen Teil der Sozialhilfeempfänger. Ebenso fehlen Informationen zu evtl. Übergangsregelungen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.16.a)1.	Erhebliche Fallzahlreduzierung bei der Sozialhilfe durch Arbeitslosengeld II Verzicht auf 1 bis 16 Stellen des gehobenen Dienstes Reduzierung der Hilfen zur Arbeit. Verzicht auf 3 (Sozialarbeiter) Stellen				x		Noch nicht kalkulierbar: - Fallzahlentwicklung - Umfang künftiger persönlicher Hilfen - Dienstleistungen für das Arbeitsamt	Einschränkung der fachlichen Auswirkung noch nicht kalkulierbar, da genauer Personenkreis sowie evtl. Übergangsregelungen nicht bekannt sind. Die Stellen der drei Sozialarbeiter sind bis 31.12.03 finanziert.
4.16.a)2	Reduzierung der Hilfen zur Arbeit, Verzicht auf zwei Stellen Parixisanleitung Kombo Mobil				x		- bisher Refinanzierung durch den Kreis Recklinghausen	Verzicht auf Kombo Mobil

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.16 Soziales – Konsolidierungsvorschläge - b) Soziale Förderung

Produkte: - Grundsicherung - Rentenberatung - Wohngeld - Hilfen für Behinderte und Kriegsopfer - Altenhilfe- und Pflegeberatung - USG-Leistungen - Eingliederungshilfe - Leistungen nach SGB IX (örtliche Fürsorge-stelle) - Hilfe zur Pflege	Bereich: - Bereich 58 – Soziale Förderung -							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe Behindertenbeirat/Seniorenbeirat Altenhilfe								
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.16.b)1	Verzicht auf eine Stelle im Aufgabenbereich Vertriebenenangelegenheiten, USG-Leistungen geplant: Verlagerung der Kriegsopferfürsorge und USG-Leistungen auf den Kreis Recklinghausen	x					2005 = 15 000 € 2006 = 35 400 €	Vertriebenenangelegenheiten werden künftig im Bereich 59 bearbeitet. Zahl der USG-Leistungen rückläufig, bereichsinterne Verlagerung erfolgt.
4.16.b)2	Reduzierung des Personaleinsatzes im Wohngeld aufgrund interkommunalen Vergleich 0,5 – 1 Stelle (HSK alt)	x					40 300,00 €	Änderung von Arbeitsabläufen und Strukturen im Aufgabengebiet Wohngeld Evtl. längere Bearbeitungs- und Wartezeiten
4.16.b)3	kw-Vermerk Stelle 58/8 Mitarbeiter zentrale Dienste	x					33 600,00 €	
4.16.b)4	Reduzierung der Renten-antragsannahme um eine Stelle Künftige Besetzung mit 1,5 Stellen			x			35 000,00 €	Verweis auf Beratungen durch Rentenversicherungsträger sowie Versichertenältesten Verlängerte Wartezeiten

1 = Effizienzsteigerung

2 = bürgerschaftliches Engagement

3 = Leistungseinschränkungen

4 = Leistungsverzicht

5 = Einnahmeverbesserungen

4.16 Soziales – Konsolidierungsvorschläge - c) Fachstelle für Wohnungssicherung

Produkte: - Hilfen für Asylbewerber - Hilfen für abgelehnte Asylbewerber - Hilfe für Flüchtlinge - Hilfen für Aussiedler - Hilfen für Obdachlose und sonstige	Bereich: - Bereich 59 – Fachstelle für Wohnungssicherung -							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Durch Bereich 59 wurde in den letzten Jahren kontinuierlich die Zahl der Einrichtungen für Obdachlose, Aussiedler und Asylbewerber reduziert. Neben einer besseren Integration führt dies zu erheblichen Kosteneinsparungen								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.16.c)1	Reduzierung der Zahl der Hausmeister (1,5), künftig 5 Hausmeister			x	x		59 000,00 €	Änderung des Organisationskonzeptes Flexibler Einsatz des Hausmeisterpersonals
4.16.c)2	Stundenreduzierung bei den Praxisanleiterinnen um 16,5 Std./Wo.			x			14 000,00 €	Neuorganisation nach personellen Veränderungen

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.17 Jugend – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Privatrechtliche Vertretung Minderjähriger - Finanzielle Unterstützung für Kinder alleinerziehender Elternteile (UVG) - Persönliche Betreuung Volljähriger - Vormundschaftsgerichtshilfe - Offene pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Jugendzentren - Förderung der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Verbänden, Gruppen, Initiativen und außerhalb von Einrichtungen/erzieherischer Kinder- und Jugendschutz - Kinder- und Jugendparlament - Kindertageseinrichtungen - Tagespflege - Spielplätze	Bereich: - Bereich 54 – Betreuung und Unterhaltsansprüche – - Bereich 55 – Hilfen zur Erziehung/Jugendarbeit – - Bereich 56 – Einrichtungen der Jugendhilfe								
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe									
Hinweise: Mit einer altersbedingten personellen Fluktuation bei den Sozialarbeitern ist erst ab dem Jahr 2010 zu rechnen. Konsolidierungsmaßnahmen im Jugendbereich orientieren sich an folgenden Grundsätzen: - Standard in den Kindertageseinrichtungen (Kindergärten) entsprechend dem GTK. Steuerungsmöglichkeiten orientieren sich bei rückläufiger Kinderzahl an folgenden Faktoren: Ortsteil, Träger und Standard (Alter) der Einrichtung. Voraussichtlich werden zunächst andere Träger ihre Kapazitäten reduzieren, bevor Einsparungen in städt. Einrichtungen erzielt werden können (z. B. Reduzierung der Gruppenzahl und Einsparung der freigestellten Leiterinnen) - Keine Reduzierung der präventiven Arbeit . Gefahr weiterer Kostensteigerungen bei Jugendhilfeleistungen - Ausreichende Personalausstattung zur Erzielung von Einnahmen (Unterhaltsverfolgung, Kindergartenelternbeiträge) - Nutzung der personellen Fluktuation für Konsolidierungszwecke durch Neuorganisation									
Nr.	Maßnahme	Art	1	2	3	4	5	finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
4.17.1	Neustrukturierung der Sekretariatsunterstützung, Reduzierung um 2 Stellen	x			x			67 200,00 €	
4.17.2	Neustrukturierung der Verwaltungsaufgaben, Reduzierung um 1 Stelle mD, 1 Stelle gD	x			x			85 400,00 €	

4.17.3	Nutzung der personellen Fluktuation bei Sozialarbeitern durch Neuorganisation. Keine konkreten Vorschläge, da erst ab 2010 relevant. Zahl der betroffenen Stellen 1 - 8	x		x			-	Realisierung voraussichtlich erst ab 2012 (Fluktuation) bis 2014 8 Stellen. Entwicklung der Sozialbedarfe abwarten.
--------	---	---	--	---	--	--	---	---

4.17.4	Anpassung der Personalstärke in den Kindergärten an sinkende Zahl der Kindergartenkinder. Alternativ ggfls. parallel: Reduzierung der Zuschüsse an konfessionelle Träger, falls dort Gruppen/Einrichtungen geschlossen werden			x			27 900,00 € 18 100,00 € 40 400,00 € 27 500,00 €	Voraussichtlich 2004,/2005 Gruppenreduzierung konfessioneller Kindergärten Alleestraße und Borghagener Straße. 2007/2008 Gruppenreduzierung Dingen AWO und Pöppinghausen
4.17.5	Einsparung einer Stelle in den städt. Jugendzentren			x			40 300,00 €	Veränderter Personaleinsatz in den städt. Jugendzentren
4.17.6	Verzicht auf finanzielle Unterstützung des Jugendzentrums Pöppinghausen				x		40 000,00 €	Wegfall der geplanten (reduzierten) Jugendarbeit in Pöppinghausen. Verzicht auf Weiterentwicklung der Jugendarbeit in Habinghorst durch Umverteilung der Mittel
4.17.7	Einsparung einer Stelle bei der Unterhaltsverfolgung	x					38 800,00 €	
4.17.8	Steigerung der Einnahmen durch Neuorganisation der Unterhaltsverfolgung					x	43 000,00 €	
4.17.9	Nutzung der Grundschule Marienburger Straße durch Jugendzentrum Trafo und den um eine Gruppe reduzierten Kindergarten Commeniussschule. Verlagerung des pädagogischen Zentrums in angemietete Flächen (z.T. HSK alt)	x					125 800,00 € abzüglich einmaliger Umbaukosten zuzüglich Verkaufserlöse	Aufgabe von zwei Standorten - Commeniussschule - Trafo zum Zwecke der Veräußerung

4.17.10	Verzicht auf Zuschuss Rasselbande				x		2004 = 14 375 € ab 2005 = 34 500 €	Das Angebot von 45 Plätzen für Kinder zwi- schen 2 und 14 Jahren wird voraussichtlich ein- gestellt. Ein zentraler Nutzer des Bürgerhauses Marienschule entfällt.
4.17.11	Verzicht auf Wiederbeset- zung einer Stelle (Frau W.) in der Verwaltung				x		18 200,00 €	-

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.18 Sport – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Sporthallen - Sportplätze - allgemeine Sportförderung						Bereich: - Bereich 52 – Sport und Bäder -		
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe						☒ freiwillige Aufgabe		
Hinweise: Förderung des Sports erfolgt vorrangig durch bisher kostenlose Nutzung von Sportstätten ca. 300 000 € Personalkosten, 300 000 € Unterhaltskosten = 600 000,00 € jährlich. Künftige Zielsetzung: Sportförderung als Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen. Deshalb Erhebung von möglichst kostendeckenden Nutzungsgebühren für höhere Zuschüsse im Rahmen der Jugendarbeit.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.18.1	Verzicht auf eigenes Personal (6 Stellen) für die Sportstättenunterhaltung			x			208 400,00 € <u>/.</u> ? ?	Beauftragung von externen Unternehmen. Übertragung weiterer Aufgaben auf die Vereine (nur begrenzt möglich wegen fachlicher Anforderungen)
4.18.2	HSK alt: Verzicht auf vier Stellen Sportstättenunterhaltung, davon eine Stelle noch nicht realisiert			x			34 000,00 €	
4.18.3	Finanzierung der Energiekosten durch die Vereine. Zuschuss für Energiekosten der Umkleiden und Beleuchtung					x	noch nicht ermittelt	Vereine finanzieren „privaten Energiebedarf“ selbst (Veranstaltungen, Vereinsheime) Wird in fünf Fällen schon praktiziert
4.18.4	Erhebung von Nutzungsentgelten für die Sportstättennutzung unter Berücksichtigung sozialer Aspekte (Jugendarbeit)					x	z. B. 20 000,00 €	Zusätzliche finanzielle Belastungen für Freizeitgruppen und Vereine mit geringer Jugendarbeit.
4.18.5	Reduzierung der Zahl der Sportplätze (Schillerstraße, z.T. Bahnhofstraße)					x	Bewirtschaftungskosten einschl. baulicher Unterhaltung Schillerstraße 8 600,00 € Bahnhofstraße 50% <u>16 000,00 €</u> 24 600,00 €	Konzentration des Spiel- und Trainingsbetriebes auf weniger Plätzen

4.18.6	Übertragung von Sportplätzen auf Vereine						?	
--------	--	--	--	--	--	--	---	--

1 = Effizienzsteigerung

2 = bürgerschaftliches Engagement

3 = Leistungseinschränkungen

4 = Leistungsverzicht

5 = Einnahmeverbesserungen

4.19 Bäder – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Hallenbad - Freibad					Bereich: - Bereich 52 –Sport und Bäder -									
Rechtscharakter:					☒ Pflichtaufgabe (Schulschwimmen)					☒ freiwillige Aufgabe				
Hinweise: Bei Schließung des Parkbades Nord kann neben Einsparungen von Betriebs- und Personalkosten die Veräußerung des Geländes einschl. Volkspark zu erheblichen Einnahmen führen(3 —7 Mio. Euro). Beim Hallenbad kommt neben der Senkung der Personal- und Betriebskosten die Erhöhung von Einnahmen durch Erhebung von Nutzungsentgelten in Betracht. Die personelle Fluktuation in den nächsten Jahren (6 Personen) kann nur bei entsprechenden Maßnahmen in den Bädern für Konsolidierungszwecke realisiert werden.														
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung						
		1	2	3	4	5								
4.19.1	Schließung Parkbad Nord Alternativ: Investitionen für Grundsanie- rung 2004 = 3 bis 4 Mio. €				x	x	Erlös aus Verkauf 3 bis 7 Mio. Euro Personalkosten Saisonkräfte = 48 100,00 € 175 400 € Bewirt- schaftungskosten 38 900 € Bauun- terhaltung	Einschränkung des Bäderangebotes im Stadtgebiet im Sommer. Öffnung des Hallenbades während der Sommersai- son. Alternativ Nutzung der Einnahmen aus Ver- kauf des Freibadgeländes für Außenbecken am Hallenbad						
4.19.2	Verzicht auf Kassiererin (2 Stellen) (Hallenbad)	x		x			72 000,00 € abzüg- lich verminderter Einnahmen ca. 15 000,00 € ./. Abschreibung In- ventar (7 000,00 €) 50 000,00 €	Installation eines einfa- chen Kassensystems (Drehkranz), Änderung der Gebührenordnung Eintritt orientiert sich am günstigsten Tarif (2 €). Investitionsvolumen noch nicht geklärt (bauliche Maßnahmen, Wechselau- tomat) Weitere Nachteile: - unkontrollierter Zu- gang - Neuorganisation der Reinigung erforder- lich - Serviceeinschrän- kung						

4.19.3	Reduzierung des Services (Alternativ zu 4.19.2)	x		x			72 000,00 €	Verzicht auf ein bis zwei Badewärter. Festlegung des Umfan- ges erfolgt im Rahmen eines Bädervergleiches
4.19.4	Benutzungsgebühren der Vereine für Nutzung der Bäder siehe auch Zielsetzung bei Sport: Benutzungsgebühren teilweise wieder der Jugend- arbeit der Vereine zur Verfü- gung stellen.					x	bei 10 € je Std. Training = 5 000,00 € bei 20 € je Std. am Wochenende = <u>500,00 €</u> 5 500,00 €	Erhöhung der Vereinsbei- träge evtl. sinkende Mit- gliederzahl

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.20 Immobilienmanagement – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Immobilienpolitik - Bereitstellung von Räumlichkeiten und Flächen					Bereich: - Bereich 60 – Immobilienmanagement -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe					☒ freiwillige Aufgabe (z.B. An- und Verkauf von Grundstücken)				
Hinweise: Durch Beschluss des Rates wurden 2002 die organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine Neuorganisation des Immobilienmanagements festgelegt. Mit dieser Neuorganisation wird eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung erwartet. Eine Entscheidung zur Rechtsform steht noch aus.									
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung	
		1	2	3	4	5			
4.20.1	Reduzierung des kaufmännischen Personals um eine Stelle				x		40 300,00 €	Nach Einführung der kaufmännischen Buchführung, Abschluss der erforderlichen Mietverträge und Durchführung einiger Jahresabschlüsse können Routinevorteile genutzt werden und um eine Stelle reduziert werden.	
4.20.2	Reduzierung des technischen Personals (Ingenieure, Techniker) nach Abbau des Renovierungsstaus und Verringerung der kommunalen Infrastruktur (4 Stellen)			x			214 200,00 €	Anpassung der Personalkapazitäten an geringeres Auftragsvolumen. Realisierung voraussichtlich zum Teil erst nach 2014.	

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.21 Stadtentwicklung/Planung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Bauleitplanung - Städtebauliche Beratungsleistungen - Projekte - Stellungnahmen zu Planungsvorhaben anderer Bereiche, Gemeinden oder Behörden - Stadtentwicklung - Statistik - Sonderprojekte/Lokale Agenda				Bereich: - Bereich 61 – Stadtentwicklung und Stadtplanung -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe				☒ freiwillige Aufgabe (Lokale Agenda)				
Hinweise: Die Aufgaben der Stadtentwicklung und Statistik wurden Anfang des Jahres dem Bereich 61 zugeordnet. Auf den bisherigen Bereich 12 wurde verzichtet. Im interkommunalen Vergleich hat Bereich 61 für Bauleitplanverfahren eine geringere Personalausstattung im Verhältnis zur überdurchschnittlichen Anzahl abgeschlossener Verfahren.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.21.1	Reduzierung der Aktivitäten zur „Lokalen Agenda“ 0,5 Stelle				x		20 100,00 €	Nachhaltigkeit ist selbstverständliches Ziel kommunaler Planung. Separate Projekte zur Lokalen Agenda werden nicht weitergeführt
4.21.2	Verzicht auf technischen Zeichner	x		x			40 000,00 €	Nutzung der technischen Möglichkeiten der CAD-Systeme durch die Ingenieure. Kurzfristige Realisierung aufgrund der Auftragslage nicht möglich. Realisierung voraussichtlich 2012.
4.21.3	Verzicht auf einen Planungsingenieur			x			57 500,00 €	Realisierung erst im Rahmen der Alterfluktuation 2012 möglich, aufgrund des aktuellen Auftragsvolumens

- 1 = Effizienzsteigerung
2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen
4 = Leistungsverzicht
5 = Einnahmeverbesserungen

4.22 Bodenordnung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Grundstücksbewertung - Umliegungen - Gutachtliche Stellungnahmen der Bewertungsstelle	Bereich: - Bereich 62 – Vermessung -							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Im Zusammenhang mit dem Wegfall der Stelle 62/1 ist die Zuordnung dieser Aufgaben zum Bereich 61 vorgesehen. Parallel wird die Verlagerung der Aufgaben auf den Kreis Recklinghausen oder die Kooperation mit einer anderen Stadt des Kreises geprüft. Folgende Aufgaben sind nicht übertragbar: - Umliegungen - Bodenverkehrsgenehmigungen - Ausübung des Vorkaufsrechts - Teilungsgenehmigungen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.22.1	Einsparung einer Ingenieurstelle durch Neuordnung (Zuordnung B 61)			x			34 000,00 €	Neue Aufgabenverteilung und Geschäftsverteilung

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.23 Baugenehmigungsverfahren – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Bauberatung - Baugenehmigung - Bauüberwachung - Prüfeningenieurwesen - Gefahrenabwehr - Serviceleistungen/Stellungnahmen				Bereich: - Bereich 63 – Bauordnung -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Der Personalbedarf bestimmt sich hauptsächlich durch die Zahl und die Größenordnung der beantragten Baugenehmigungen. Eine Baukontrolle kann nur im Rahmen freier Kapazitäten erfolgen. Aufgrund des Ziel einer mittelstands-freundlichen Verwaltung steht eine Senkung des Personaleinsatzes z.Z. nicht zur Disposition.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.23.1	Reduzierung umeine Stelle aufgrund zusätzlich einge-setzten Personals für Xscape (HSK alt)	x			x		57 500,00 €	Neuregelung der Ge-schäftsverteilung

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.24 Wohnungsbauförderung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Förderung von Wohnraum - Bestandsförderung - Öffentlich geförderter Wohnraum - Freifinanzierter Wohnraum	Bereich: - Bereich 64 – Wohnungswesen -							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Aufgrund von EDV-Unterstützung im Sachgebiet „Fehlbelegerabgabe“ wurden in der Vergangenheit vier Stellen gespart. Darüber hinaus wurden zwei weitere Stellen für technische Prüfungen und örtliche Überprüfungen nicht wiederbesetzt. Entscheidend für die Personalbedarfe bei der Wohnungsbauförderung ist die Entwicklung des Antragvolumens. Je nach Förderprogramm sind große Schwankungen zu verzeichnen. Es wird geprüft, ob eine Verlagerung eines Teils der Aufgaben zum Kreis Recklinghausen möglich ist (Wohnungsbauförderung)								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.24.1	Zuordnung zu einem anderen Bereich, Verzicht auf Bereichsleiterstelle (0,5 Arbeitskapazität)	x					25 000,00 €	0,5 Stelle für Sachbearbeiterfunktion erforderlich
4.24.2	Reduzierung der Beratungstätigkeit mit Verweis auf externe Möglichkeiten bei Neubauförderung (Baubetreuer) 0,5 Stelle			x			24 300,00 €	Zusätzlich erhebliche Kosten für Bauinteressenten (500 – 2 000 Euro)
4.24.3	Reduzierung des Personalaufwandes im Aufgabenfeld Fehlbelegerabgabe um 0,7 Stelle	x					27 300,00 €	-

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.25 Straßen – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Neubau und Erneuerung von Straßen - Erschließungsanlagen	Bereich: - Bereich 66 – Tiefbau -							
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Die Effizienz der Ingenieurleistungen kann durch einen Gebührenvergleich mit der HOAI ermittelt werden. - Freie Ingenieurkapazitäten werden für Planungsaufgaben eingesetzt. - Personaleinsatz von zwei Personen für KAG-Maßnahmen ist bis auf weiteres erforderlich zur Abrechnung von ca. 60 Altmaßnahmen und aufgrund verstärkter Bürgerbeteiligung. - Evtl. Einsparpotentiale bei der Straßenunterhaltung (10 Stellen) können erst nach einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beziffert werden. - Bei Verkehrssignalanlagen übernimmt die Stadt Castrop-Rauxel gegen Kostenerstattung die Arbeiten für Kreisstraßen. - Mit dem Kreis werden Kooperationsmöglichkeiten bei Investitionen und Unterhaltung der Kreisstraßen im Castrop-Rauxeler Stadtgebiet erörtert. Synergieeffekte durch kürzere Wegezeiten bzw. Bearbeitung aus einer Hand.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.25.1	Verzicht auf einen Ingenieur (HSK alt)	x					58 900,00 €	Anpassung des Personalbedarfs am Investitionsvolumen ggfls. Vergabe von Aufträgen
4.25.2	Verzicht auf Funktion des Technischen Zeichners 0,5 Stelle	x		x			20 700,00 €	Nutzung des CAD-Systems durch Ingenieure

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.26 Grünflächen – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Stadtökologie - Planung, Bau und Unterhaltung von Grünflächen			Bereich: - Bereich 67 – Grünflächenamt -					
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe			☒ freiwillige Aufgabe (zum Teil Stadtökologie)					
Hinweise: Die Zahl der Arbeiter in der Grünflächenunterhaltung wurde im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bereits erheblich reduziert. 1990: 98 Stellen 2000: 40 Stellen 2001: 37,5 Stellen. Flächenausweitungen (z.Z. 237 ha) z. B. durch Victor ¾ einschließlich umfangreichem Straßenbegleitgrün steht im Widerspruch zum geplanten Personalabbau.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.26.1	Weitere Reduzierung der Zahl der Arbeiter in der Grünflächenunterhaltung z. B. von 37,5 auf 29 Stellen = 8,5 Stellen			x			290 000,00 € zuzüglich einmaliger Erlöse aus Verkauf der aufgeführten Grundstücke	Weitere Senkung des Pflegestandards kaum möglich (Verkehrssicherungspflicht, Substanzverluste) Aufgabe von Grünflächen - Parkbad Nord 0,21 Arbeiter - Volkspark Ickern 0,45 Arbeiter - Stadtgarten 0,84 Arbeiter - Goldschmieding 3,34 Arbeiter - Rennbahn 1,84 Arbeiter - Bergehalde Schwerin 0,71 Arbeiter - „Grüne 8“ Radwege 0,40 Arbeiter - Verkauf Waldflächen <u>0,71 Arbeiter</u> 8,5 Arbeiter
4.26.2	Einsparung einer Ingenieurstelle (voraussichtlich erst nach 2014)			x			58 900,00 €	Reduzierung der Aktivitäten bei der Stadtökologie, Realisierung voraussichtlich erst nach 2014

4.26.3	Auflösung der Stadtgärtnerei (2 Stellen), voraussichtlich 2006 (HSK alt)				x		80 000,00 € PK ./. <u>20 000,00 € EK</u> 60 000,00 €	Reduzierung des Standards in den öffentlichen Gebäuden. Finanzierung in öffentlichen Gebäuden durch jeweiligen Bereich. Finanzmittel zur Beschaffung von Pflanzen in Grünanlagen erforderlich.
4.26.4	Verkauf von Waldflächen (Grutholz)					x	einmalig ca. 198 000,00 €	Schließung des Wildgeheges
4.26.5	Erhebung von Gebühren für Kosten der Gewässerunterhaltung					x	ca. 50 000,00 €	Kosten per Satzung den Anliegern der Gewässer übertragen
4.26.6	Verzicht auf kommunale Spielplätze, Entscheidung im Rahmen der Neuauflage des Spielplatzbedarfsplanes erforderlich. Z.Z. 45 Spielplätze mit einem Personalaufwand von mehr als 2,5 Arbeitskräften		x		x		Personalkosten Unterhaltungsaufwand Einnahmen aus Veräußerung der Grundstücke	Spielplätze nur noch an öffentlichen Gebäuden (Schulen und Kindergärten) sowie in privater Trägerschaft (bürgerschaftliches Engagement)
4.26.7	Einsparung einer Meisterstelle			x			45 000,00 €	Neuregelung der Meisterfunktion

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.27 Friedhöfe – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Bestattungen - Vorhaltung städtischer Friedhöfe			Bereich: - Bereich 68 – Friedhofswesen -					
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Die Aufgaben des Bestattungswesens werden durch den Gebührenhaushalt finanziert. Einsparungen kommen dem Gebührenschuldner nicht dem kommunalen Haushalt zugute. Ziel: Gebührenstabilität gewährleisten. Personalbestand bei den Friedhöfen: 1995 = 22 Arbeiterstellen 2002 = 18 Arbeiterstellen. Eine Reduzierung des städt. Grünwertanteils würde den Trend zu billigen Bestattungsformen und Verlagerung auf andere Friedhöfe verstärken und sich kontraproduktiv auswirken. Die Verwaltung wird in einem Friedhofsentwicklungskonzept Perspektiven für die Zukunft darlegen (Standorte, Gebührenstruktur, Bestattungsformen, Umfang des internen/externen Leistungsspektrums). Eine Reduzierung der Zahl der Friedhöfe würde im Konsolidierungszeitraum (bis 2014) keine finanziellen Entlastungen bringen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.28 Wirtschaftsförderung – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Wirtschaftsförderung			Bereich: - Bereich 80 – Servicecenter Wirtschaft -					
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Bei der Wirtschaftsförderung gibt es z.Z. Überlegungen zur Konzentration der Ressourcen auf regionaler Ebene								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.28.1	Veränderte Organisationsform z. B. GmbH mit Übernahme weiterer Aufgaben (HSK alt: Standardreduzierung)	x					noch nicht ermittelt	

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.29 Zentrum Frau in Beruf und Technik – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Zentrum Frau in Beruf und Technik			Bereich: - Bereich 81 – Zentrum Frau in Beruf und Technik -					
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Das Zentrum Frau in Beruf und Technik refinanziert sich größtenteils aus Aufträgen Dritter. Z.Z. erfolgt die Finanzierung von zwei Personalstellen durch den kommunalen Haushalt. Darüber hinaus sollen Verwaltungskostenanteile erwirtschaftet werden. Es ist eine Veränderung der Rechtsform des Zentrums vorgesehen, um langfristig den Standort und die Finanzierung bei evtl. verändertem Aufgabenspektrum zu gewährleisten. Z.Z. finden Verhandlungen mit potentiellen Partnern statt.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.29.1	Senkung des städt. Anteils an den Personalkosten					x	41 000,00 € ab 2005 82 000,00 € ab 2008	

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.30 Ratsangelegenheiten – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Wahlen - Unterstützung von Rat, Haupt- und Finanzausschuss usw.				Bereich: - Bereich 13 – Rats- und Öffentlichkeitsarbeit - Bereich 55 – Hilfen zur Erziehung/Jugendarbeit – - Bereich 58 – Soziale Förderung -				
Rechtscharakter: ☒ Pflichtaufgabe				☒ freiwillige Aufgabe (Beiräte, Kinder- u. Jugendparlament)				
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.30.1	Reduzierung der Zahl der Ratsmitglieder von 50 auf 44 (6 Personen)	x					30 000,00 €	Veränderung der Wahlbezirke
4.30.2	Verzicht auf - Seniorenbeirat - Behindertenbeirat entsprechend den bisherigen Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept				x		10 000,00 €	Beratung der Themen für Behinderte und ältere Mitbürger im Betriebsausschuss 2. Kein separates Gremium, keine Gremiumbeteiligung der Verbände. Alternativ: Entsendung sachkundiger Einwohner in den Betriebsausschuss
4.30.3	Verzicht auf - Bürgerausschuss - Umweltausschuss				x			Kein separates Gremium. Weitergehende Beteiligungsrechte durch Rede- recht in den Ausschüssen oder/und Entsendung sachkundiger Einwohner möglich
4.30.4	Verzicht auf - Kinder- und Jugendparlament				x		41 600,00 €	Verzicht auf gremiengestützte Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Bestandteil der Jugendbildung und Jugendfreizeitarbeit
4.30.5	Verzicht auf - Urwahl des Seniorenbeirates				x		jeweils 20 000,00 € 2004, 2009, 2014	

1 = Effizienzsteigerung

4 = Leistungsverzicht

2 = bürgerschaftliches Engagement
3 = Leistungseinschränkungen

5 = Einnahmeverbesserungen

4.31 Forum – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: - Forum			Bereich: - Forum GmbH					
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Die Verwaltung schlägt vor, den Hallenbetrieb aufrecht zu erhalten. Aufgrund der bereits erfolgten Konsolidierungsmaßnahmen bei der Forum sind weitere Einsparungen begrenzt.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.31.1	Verkauf des TCE (Maßnahme bereits beschlossen)						120 200,00 € Betriebskosten Veräußerungserlös 1,4 – 1,8 Mio. €	
4.31.2	Verzicht auf Ticket-Shop (bereits in der Kalkulation künftiger Verlustabdeckungen enthalten)						20 000,00 €	Kooperation mit anderen Verkaufsstellen ab 2006

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen

4.32 EUV/Duales System Deutschland – Konsolidierungsvorschläge -

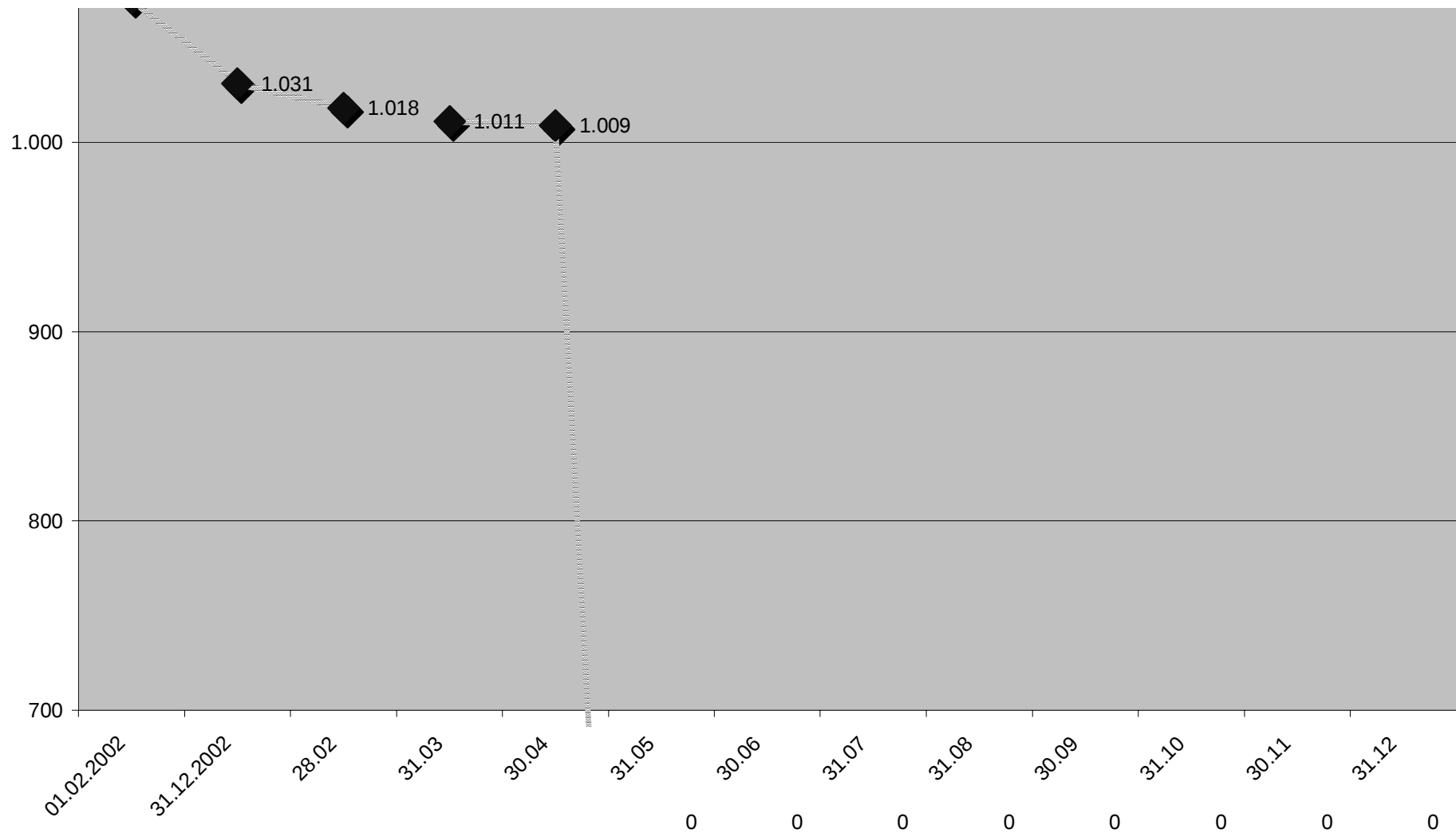
Produkte: - Beteiligung am DSD				Bereich: - EUV AöR				
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☒ freiwillige Aufgabe								
Hinweise:								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.32.1	Kein kommunaler Zuschuss zum Einsammeln der „gelben Tonne“ (HSK alt)						50 000,00 €	- Vertragsänderung mit DSD o d e r - Finanzierung aus Mitteln der AöR o d e r - Ausstieg aus dem Vertrag

- 1 = Effizienzsteigerung
 2 = bürgerschaftliches Engagement
 3 = Leistungseinschränkungen
 4 = Leistungsverzicht
 5 = Einnahmeverbesserungen

4.33 Kreisumlage/ÖPNV – Konsolidierungsvorschläge -

Produkte: -				Bereich: -				
Rechtscharakter: ☐ Pflichtaufgabe ☐ freiwillige Aufgabe								
Hinweise: Die Stadt Castrop-Rauxel hat keine rechtlichen Möglichkeiten sich gegen die Höhe der Kreisumlage zu wehren. Bei der Aufstellung des Haushaltes des Kreises sind durch den Kreistag Konsolidierungsmaßnahmen zu beschließen.								
Nr.	Maßnahme	Art					finanzielle Auswirkung	fachliche Auswirkung
		1	2	3	4	5		
4.33.1	Reduzierung der Kreisumlage	x	x	x	x	x	?	
4.33.2	Senkung des kommunalen Anteils am öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) (altes HSK)			x			200 000,00 €	Reduzierung der Linien, Zeittakte und des zeitlichen Angebotes

- 1 = Effizienzsteigerung
- 2 = bürgerschaftliches Engagement
- 3 = Leistungseinschränkungen
- 4 = Leistungsverzicht
- 5 = Einnahmeverbesserungen



Stand:	01/02/2002	31/12/2002	28/02	31/03	30/04	31/05	30/06	31/07	31/08	30/09	31/10	30/11
Gesamt:	1.076	1.031	1.018	1.011	1.009	0	0	0	0	0	0	
Veränderung		-45	-13	-7	-2	-	-	-	-	-	-	
Beamte	200	194	192	192	192							
Angestellte	490	484	485	481	482							
Arbeiter	278	259	255	256	258							
Anwärter gD	9	9	9	9	9							
Anwärter mD	9	6	6	6	6							
Ang.-Azubi	12	11	10	10	10							
Arb.-Azubi	6	2	2	2	2							
ABM/SH- Programm	57	42	32	28	27							
Berufs prakti- kanten	bis Februar 2003 bei Praktikanten			2	2							
sonstige Prakti- kanten	14	23	26	24	20							
sonstige	1	1	1	1	1							

